

Zusammenfassung der Diskussion

John Forman weist in diesem Zusammenhang auf die viel grössere Nähe Norwegens zur EU hin. Auch seien die EFTA-Staaten reiche, vollkommen binnenmarktfähige Länder. Die Türkei hingegen habe noch grosse Probleme zu lösen.

Thomas Bruha schlägt vor, Liechtenstein müsse jetzt strategische Überlegungen für den Fall eines EU-Beitritts Islands und der damit wohl verbundenen Beendigung des gegenwärtigen EWR anstellen. Er teile die Ansicht, dass eine isländische EU-Mitgliedschaft durchaus rasch kommen könne. Was die Option einer EU-Mitgliedschaft betreffe, so sollte sich Liechtenstein diese auf jeden Fall offen halten, d.h. nicht vorzeitig ausschliessen. Allerdings müsse sich Liechtenstein darauf einstellen, dass unter dem neuen Titel «Europäische Nachbarschaftspolitik» auch neue Barrieren gegenüber der EU-Mitgliedschaft von Kleinststaaten aufgebaut werden (vgl. S. 179 f.). Was die institutionellen Modalitäten einer eventuellen EU-Mitgliedschaft Liechtensteins betreffe, so müsse das Land wohl selber entsprechende Modellüberlegungen anstellen. Diese dürften sich aber nicht auf Äusserlichkeiten wie eventuelle Abstriche bei der Repräsentation des Landes in den Hauptorganen der EU oder sonstige «institutionelle Kosmetik» beschränken. Es müssten innovative Überlegungen dahin angestellt werden, wie die mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Aufgaben in der täglichen Praxis des Räderwerkes der gemeinschaftlichen Institutionen bewältigt werden können.

Paul Vogt zeigt sich erfreut, dass die Frage eines eventuellen EU-Beitritts des Landes positiv und nicht abwehrend diskutiert werde. Allerdings müssten auch die Probleme bedacht werden, die eine EU-Mitgliedschaft Liechtensteins für die sensiblen Fragen Bankgeheimnis und freier Personenverkehr mit sich brächte.

Sieglinde Gstöhl meint, dass es Aufgabe der Beitrittsverhandlungen wäre, in diesen Bereichen für alle Seiten akzeptable Lösungen zu finden. Zu diesem Zweck müsse Liechtenstein eventuell in anderen Bereichen Konzessionen machen, einen «deal» eingehen, vielleicht sogar auf bestimmte Mitgliedschaftsrechte ganz verzichten. Einige der von Paul Vogt genannten Probleme würden sich für Liechtenstein im Übrigen auch ausserhalb der EU stellen (OECD, Zinsbesteuerungsabkommen, u.a.). Ferner weist sie auf gewisse entlastende Elemente im Verfassungsvertrag